

Betreff: Waffenlieferungen und feministische Aussenpolitik
Datum: Mon, 4 Mar 2024 14:37:23 +0100
Von: Carl-Heinz Barner <carlox@web.de>
An: agnieszka.brugger.wk@bundestag.de

Sehr geehrte Frau Brugger (MdB),

I)

Auf der Website

<https://kirchheim.forum2030.de/events/aussenpolitik-fuer-alle-ein-jahr-leitlinien-fuer-feministische-aussenpolitik-agnieska-brugger-im-gespraech-mit-andreas-schwarz-und-kommunalpolitikerinnen-von-buendnis-90-die-gruenen/>

werden Sie – als Parteimitglied der Grünen - in Verbindung mit den folgenden Zitaten gebracht: „Außenpolitik für alle – Ein Jahr Leitlinien für feministische Außenpolitik – Agnieszka Brugger im Gespräch mit Andreas Schwarz und Kommunalpolitikerinnen von Bündnis 90/Die Grünen.“

„Frauenrechte sind ein Gradmesser für den Zustand von Gesellschaften. Feministische Außenpolitik richtet sich jedoch keineswegs nur an Frauen. Vielmehr achtet eine feministische Außenpolitik stärker auf Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion, Geschlechtsidentität, Behinderung, sexuellen Identität oder aus anderen Gründen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.“

Können Sie mir bitte erklären, wie eine "feministische Außenpolitik" zu den folgenden Tatsachen passt?

T1)

Waffenlieferungen der Grünen (meine konkreten Fragen dazu siehe unten) an Diktaturen.

Wenn man schon - wie die Grünen - Waffenexporte befürwortet:

Die grüne Führung will keine Waffenlieferungen (im Gegensatz zu den Waffenlieferungen an die Ukraine) an das emanzipatorische, feministische, wertegeleitete demokratische Projekt Rojava.

Frage:

Was ist an dieser grünen, doppelbödigen Außenpolitik "feministisch" ?

T2)

AM Baerbock läßt Assange fallen.

Wenige Wochen nach Amtsantritt haben sich die Aussagen Baerbocks zum Fall Assange grundlegend verändert.

https://www.change.org/p/verhindert-die-auslieferung-von-julian-assange-an-die-usa/u/30212254?cs_tk=AtV6-dbnsReqAnSUFGIAAXicyyvNyQEABF8BvHEclnbxwmu1DIXFzZ7xbs%3D&utm_campaign=cd25ccd4f91c43b080f6042bbb2f0152&utm_content=initial_v0_5_0&utm_medium=email&utm_source=petition_update&utm_term=cs

Frage:

Was ist an dieser grünen Außenpolitik "feministisch" ?

T3)

Hunderttausende Flüchtlinge aus anderen Teile Syriens haben in den Gebieten der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien Zuflucht gesucht.

Verglichen mit Deutschland (Fläche und Wirtschaftskraft) ist das mehr als beachtlich. Die grüne Führung verlangt von der Bundesregierung keine klare Verurteilung (mit Sanktionen!) der fast täglichen Überfälle der Türkei auf die Demokratische Föderation Nordsyrien (Rojava), einem emanzipatorischen, feministischen, wertegeleiteten demokratischen Projekt.

Konkret:

K1) Chemiewaffeneinsätze, „Befreiung“ internierter IS-Terroristen mit Hilfe türkischer Luftangriffe, Drohnenangriffe, Zerstörung eines Großteils der Gas- und Stromversorgung durch Lufzangriffe 10/2023, 12/2024, 1/2024

Bombardierung von 54 Ortschaften und Ölförderanlagen im Januar 2024.

Dies wurde von HRW (Human Rights Watch) als Kriegsverbrechen bezeichnet.

Zusammenarbeit der Türkei mit islamistischen Gruppen

Quelle: AK (Analyse und Kritik 2/2024)

K2) Das lange Schweigen von Außenministerin Annalena Baerbock zu Ankaras Krieg gegen Rojava (und die zahme Kritik - im Vergleich mit der Ukraine - am 29.7.22 in der Türkei)

K3) Inhaftierte deutsche IS-Terroristen in Rojava werden nicht nach Deutschland geholt und dort verurteilt, obwohl die Gefängnisse (Lagerkomplex-al-Haul) überfüllt sind und es dort zu Ausbruchversuchen kommt, weil es der Autonomieverwaltung (mangels Unterstützung) an den dafür notwendigen Ressourcen fehlt.

Quelle:

<https://www.swp-berlin.org/publikation/der-lagerkomplex-al-haul-in-syrien>

Frage:

Was ist an dieser grünen Außenpolitik "feministisch" ?

T4)

Die grüne Führung unterstützt nicht die „Strafanzeige gegen Recep Tayip Erdogan u.a. nach dem Völkerstrafgesetzbuch wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

siehe:

<http://kapitalismus-modell.de/gruenewaffen/anklageErdogan.pdf>

Frage:

Was ist an dieser grünen Außenpolitik "feministisch" ?

T5)

AM Baerbock traut sich nicht in Saudi-Arabien und anderen Golf-Staaten – dort werden keine Menschenrechte eingehalten – dort „laut und deutlich für Menschenrechte einzusetzen“ und zwar nicht nur verbal, sondern durch entsprechende Gegenmassnahmen.

Frage:

Was ist an dieser grünen Außenpolitik "feministisch" ?

T6)

Aussage von Grüne sicherheitspolitikerin Agnieszka Brugger bei Spiegel online: "Wir müssen als Gesellschaft resilienter, robuster und wehrhafter werden."

Quelle:

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruenen-politikerin-wirft-putin-desinformation-destabilisierung-und-spionage-vor-a-2d86dfb4-9ff2-4f68-b267-13625034fca1>

Gilt das auch gegenüber "unseren Freunden" wie z.B. den USA?

Stichwort Abhöraktion von Merkel.

Quelle:

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/nsa-ueberwachung-merkel-steht-seit-2002-auf-us-abhoerliste-a-930193.html>

T7)

Als Sicherheitspolitikerin müsste sich Agnieszka Brugger "wehrhaft" (so wie gegen Russland) gegen die türkische Regierung stellen, die islamistische Banden unterstützt, die u.a. schon in Deutschland Attentate verübt haben:

"Bei all diesen Invasionen legte Präsident Erdoğan ein taktisch flexibles Handeln an den Tag.

Er setzte auf die enge Kooperation mit Russland sowie auf den Einsatz von radikal-islamistischen und ultra-nationalistischen Milizen der sogenannten Syrisch-Nationalen Armee (SNA).

Die früher Freie Syrische Armee genannte SNA besteht unter anderem aus diversen radikal-islamischen Milizen wie Ahrar ash-Sham und Feylak ash-Sham sowie ultra-türkisch-nationalistischen Milizen wie die Fatih-Sultan-Mehmet-Brigade und die Sultan-Murat-Brigade.

Die Milizen der SNA werden von den türkischen Streitkräften trainiert und ihre Einsätze vom türkischen Geheimdienst koordiniert."

Quelle:

<https://www.bpb.de/themen/europa/tuerkei/520320/annaeherung-zwischen-der-tuerkei-und-syrien-im-dienst-des-friedens-oder-machtpolitisches-kalkuel/>

Frage:

Was ist an dieser grünen Außenpolitik "feministisch" ?

Wichtige Bemerkung:

Meine Fragen sollen dazu dienen, einen Diskurs zu eröffnen.

Dieser Diskurs soll für alle Interessierten transparent gemacht werden.

Deshalb soll dieser im Internet veröffentlicht werden.

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihrer Antwort innerhalb dieses Diskurses zu ?

Wenn Sie nicht explizit eine Veröffentlichung ablehnen, gehe ich von einer Zustimmung dieser Veröffentlichung aus.

mfg

Carl-Heinz Barner

72622 Nürtingen

=====

Meine konkreten Fragen zur Glaubwürdigkeit der Grünen:

1) Glaubwürdigkeit der Grünen - Inkonsistente Argumentation?

1.1)

Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung wurden explizit Waffenlieferungen an Akteuren, die am Krieg im Jemen beteiligt sind, ausgeschlossen.

Dazu zählte auch Saudi Arabien.

Im September 2022 stimmte der Bundessicherheitsrat inklusive der grünen Außenministerin Annalena Baerbock und dem grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck dem Waffenexport an Saudi-Arabien- im Rahmen einer europäischen Rüstungskooperation - im Umfang von 36 Mio Euro zu.

Quelle:

<https://taz.de/Parteitag-der-Gruenen/!5888261/>

1.2)

Am 31.3.2019 schrieb Annalena Baerbock (B'90/Grüne), ehem. Parteivorsitzende, 31.03.2019 dagegen:

"Das bedeutet klar: Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisenregionen kann es nicht geben und auch ein gemeinsames Flugzeug, was man entwickelt, da kann nicht das oberste Gebot sein, ob die Rüstungsindustrie damit genug Geld macht, sondern das oberste Gebot in Europa sind die Menschenrechte und da muss man sich auch beim Export dran halten."

Quelle:

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/waffen-saudi-arabien-menschenrechte-100.html>

1.3)

Ethisch-moralisch gesehen hätte die grüne Führung - um nicht wortbrüchig zu werden - objektiv 2 Möglichkeiten gehabt:

- a) den Koalitionsvertrag nicht zu unterschreiben oder
- b) den Koalitionsvertrag zu unterschreiben, aber nicht diesen Waffenexport zu genehmigen.

By the way:

Zusätzlich zu früheren Aussagen von Baerbock stand im Koalitionsvertrag der Ampel:

<Zitatbeginn>

"Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind."

<Zitatende>

Quelle:

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/waffen-saudi-arabien-menschenrechte-100.html>

Hätten Baerbock und Habeck im Bundessicherheitsrat nicht einer Waffenlieferung zugestimmt, wäre der Altvertrag über ein europäisches Gemeinschaftsprojekt nicht erfüllt worden.

Damit wäre dann eine Vertragsstrafe fällig gewesen.

Man hätte also seiner Überzeugung treu sein können ohne - wie Baerbock verlauten ließ - den Vertrag wegzaubern zu müssen.

"Schwups, dieser Altvertrag ist weggezaubert, den gibt es jetzt nicht mehr"

Quelle:

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gruene-parteitag-237.html>

Dass Verträge nicht eingehalten werden und von der Regierung gebrochen werden ist übrigens nichts Neues:

Nach der Ermordung des Journalisten Khashoggi stoppte Kanzlerin Merkel alle Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien.

Waffenhersteller Rheinmetall droht nach SPIEGEL-Informationen der

Bundesregierung nun mit einer Klage:

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rheinmetall-will-schadenersatz-fuer-lieferstopp-nach-saudi-arabien-a-1248824.html>

Frage:

- a) Wie stehen die Grünen zu 1.3) und der Inkonsistenz ihres Verhaltens?

b) Muss man auch in Zukunft davon ausgehen, dass die Grünen eine wortbrüchige Partei sind, deren Aussagen eine geringe Halbwertszeit haben?

2) Begründung der grünen Führung für die Waffenexporte - Inkonsistente Argumentation

2.1)

Die Begründung eigene Ideale zu verraten:

Quelle:

<https://www.n-tv.de/politik/Gruene-wenden-auch-bei-Ruestungsexporten-Streit-ab-article23653072.html>

<Zitatbeginn Baerbock>

"Wir liefern direkt nicht nach Saudi-Arabien. Es gibt keine deutschen Waffen für Saudi-Arabien, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden"

<Zitatende Baerbock>

Es gehe lediglich um Altverträge und die Lieferung durch andere EU-Partner von Gütern, die in Deutschland mit entwickelt wurden. Letzteres sei eine "schwierige Abwägung".

Doch ohne gemeinsame Rüstungsprojekte werde Deutschland zu verteidigen noch teurer.

<Zitatbeginn Baerbock>

"Ich will europäische Zusammenarbeit bei Rüstungsfragen, damit wir uns verteidigen können und nicht Verteidigung gegen Sozialausgaben abwägen müssen."

<Zitatende Baerbock>

2.2)

Bedeutet das also Folgendes:

Geliefert wird also nicht nach Saudi-Arabien, sondern an europäische Partner. Dass diese dann nach Saudi-Arabien weiter liefern und mit diesen Waffen dann jemenitische Aufständische und Zivilistinnen erschossen werden, ist für "uns" wichtig, damit wir Geld für die Sozialausgaben haben.

Kritiker der Grünen interpretieren das wie folgt:

Diese "alternativlose" Begründung ist inkonsistent und eine "moralische Bankrotterklärung":

Statt "moralisch bankrott" wird dem Sachverhalt das Prädikat "haarsträubend schwierig" verliehen.

Was gestern falsch war ist heute richtig beziehungsweise "alternativlos".

Frage:

Wie steht die grüne Führung zu dieser inkonsistenten und seltsamen Begründung für den Waffenexport nach Saudi Arabien?

=====

Weitere Quellen:

Quelle1)

<https://taz.de/Parteitag-der-Gruenen/!5888261/>

Viel stärker als in der Ukraine-Politik gab es zuletzt in der Frage kommerzieller Rüstungsexporte Ärger in der Partei, nicht nur an der Basis, sondern bis weit in die Funktionärschicht hinein.

Anlass war die Entscheidung der Bundesregierung, Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere Beteiligte des Jemen-Kriegs zu genehmigen. Im Bundessicherheitsrat stimmten Annalena Baerbock und Robert Habeck als grüne Minister*innen zu; publik wurde das pünktlich vor dem Parteitag. Die Außenministerin rechtfertigt in ihrer Rede in Bonn auch diese Entscheidung. Viele hätten auf den ersten Blick nicht verstanden, worum es geht, sagt sie: Die Lieferungen beruhen auf Altverträgen, die man „nicht einfach wegzaubern könnte“. Und die Rüstungsgüter – vor allem Zubehör für Kampffjets – gingen nicht direkt nach Saudi-Arabien, sondern in andere europäische Staaten, in denen die Flugzeuge als Gemeinschaftsprojekt zusammengebaut werden. Diese Partner, vor allem Frankreich und England, haben weniger Probleme mit Exporten an die Saudis. Es sei eine schwierige Abwägung, sagt Baerbock. Auf der einen Seite stehen die eigenen Werte, auf der anderen der Wunsch nach mehr europäischer Rüstungskooperation. Durch Synergie-Effekte, so der Plan der Koalition, sollen die Kosten der Produktion und somit der Aufrüstung der Bundeswehr begrenzt werden. „Ansonsten reichen die 100 Milliarden nie aus, und ich will nicht, dass wir noch mehr im sozialen Bereich sparen“, sagt Baerbock.

Quelle2)

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/waffen-saudi-arabien-menschenrechte-100.html>

<Zitatbeginn Annalena Baerbock (B'90/Grüne), ehem. Parteivorsitzende, 31.03.2019:
>

"Das bedeutet klar: Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisenregionen kann es nicht geben und auch ein gemeinsames Flugzeug, was man entwickelt, da kann nicht das oberste Gebot sein, ob die Rüstungsindustrie damit genug Geld macht, sondern das oberste Gebot in Europa sind die Menschenrechte und da muss man sich auch beim Export dran halten."

<Zitatende>

<Zitatbeginn Baerbock>

"Waffen haben in Kriegsgebieten nichts verloren. Saudi-Arabien beteiligt sich am Jemen-Krieg und tritt #Menschenrechte mit Füßen. Rüstungsexportstopp an Saudi-Arabien muss weiter gelten."

<Zitatende>

Koalitionsvertrag der Ampel:

<Zitatbeginn>

"Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind."

<Zitatende>

Quelle3)

<https://www.fr.de/politik/baerbock-habeck-gruene-waffenexporte-nach-saudi-arabien-aufstand-91835490.html>

Der Bundessicherheitsrat hatte nämlich solchen Projekten kurz vor dem Saudi-Arabien Besuch von Kanzler Olaf-Scholz zugestimmt.

Es geht um Deals in Höhe von 36,1 Millionen Euro. Saudi-Arabien darf für diese Summe Ausrüstungsteile und Bewaffnung für Kampfflugzeuge einkaufen. (mse)

Quelle4)

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/saudi-arabien-und-vereinigte-arabische-emirate-ampel-genehmigt-waffenexporte-in-golfregion-a-b6e38707-47e3-4127-a596-b1e1a17761d4>

Die Bundesregierung hat umfangreiche neue Waffenexporte an Staaten außerhalb der Nato genehmigt.

Darunter sind nach SPIEGEL-Informationen auch Liefergenehmigungen für die beiden autokratisch geführten Nationen Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate (VAE), die seit Ende 2018 wegen ihrer Beteiligung am Krieg im Jemen nicht mehr von deutschen Rüstungskonzernen beliefert werden durften.

Zudem wird Saudi-Arabiens Führung nicht nur von den USA für den brutalen Mord an dem Dissidenten Jamal Khashoggi verantwortlich gemacht.

Die Entscheidung im geheim tagenden Bundessicherheitsrat fiel nach SPIEGEL-Informationen kurz vor der Reise von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in die Golfregion.

Er besuchte sowohl Saudi-Arabien als auch die Emirate

Quelle5)

<https://www.spiegel.de/kultur/die-gruenen-und-die-waffen-die-revolution-frisst-ihre-winder-kolumne-a-8db9d034-cdce-4745-82f3-2221bd58b51f>

Und hier kommt es zum Einsatz, das öffentliche Winden, wo Realpolitik zu Uns-sind-die-Hände-gebunden-Politik wird.

Denn auf dem Parteitag erklärte Baerbock: »Das war unglaublich schwer für uns, für Robert und mich, aber wir können da nicht sitzen und sagen: ›Schwups, dieser Altvertrag ist weggezaubert, den gibt es jetzt nicht mehr.«

Also kann der Golfstaat nun mit dem Segen der Grünen für über 35 Millionen Euro militärische Ausrüstungsteile, Waffen und Munition für seine Kampfflugzeuge kaufen. Ein kleine Linderung der ethischen Qual, ökonomisch von einem Krieg zu profitieren, bietet der Umstand, immerhin ökonomisch von einem Krieg zu profitieren.

Denn wie Baerbock weiter erläuterte: »In dieser schwierigen Abwägung, dass wir mehr europäische Rüstungskooperation wollen und brauchen – weil ansonsten reichen die 100 Milliarden nicht aus, und ich will nicht noch mehr im sozialen Bereich sparen und Lisa dann keine Mittel mehr hat für die Kinder, die sie dringend brauchen.«

Quelle6)

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gruene-parteitag-237.html>
Außenministerin Annalena Baerbock sprach in ihrer Rede von "Dilemmata" europäischer Rüstungsexporte.

Sie und Wirtschaftsminister Robert Habeck hätten sich mit der Entscheidung sehr schwergetan.

"Wir können nicht sagen: 'Schwups, dieser Altvertrag ist weggezaubert, den gibt es jetzt nicht mehr'", sagte Baerbock.

Deutschland müsse seine Verpflichtungen erfüllen, die aktuelle Ampel-Koalition das ausführen, was die Vorgängerregierungen beschlossen hätten.

Die Außenministerin betonte, dass es sich um ein europäisches Projekt handle. Und sie sagte schließlich einen Satz, der an mancher Stelle im Saal für ein verwundertes Raunen sorgte:

"Es gibt keine Waffenlieferungen aus Deutschland nach Saudi-Arabien".

De facto passiert das aber - nur eben im Verbund mit europäischen Partnern.

Quelle7)

<https://taz.de/Parteitag-der-Gruenen/!5888261/>

Viel stärker als in der Ukraine-Politik gab es zuletzt in der Frage kommerzieller Rüstungsexporte Ärger in der Partei, nicht nur an der Basis, sondern bis weit in die Funktionärssebene hinein.

Anlass war die Entscheidung der Bundesregierung, Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere Beteiligte des Jemen-Kriegs zu genehmigen.

Im Bundessicherheitsrat stimmten Annalena Baerbock und Robert Habeck als grüne Minister*innen zu; publik wurde das pünktlich vor dem Parteitag.

Die Außenministerin rechtfertigt in ihrer Rede in Bonn auch diese Entscheidung.

Viele hätten auf den ersten Blick nicht verstanden, worum es geht, sagt sie:

Die Lieferungen beruhen auf Altverträgen, die man „nicht einfach wegzaubern könnte“.

Und die Rüstungsgüter – vor allem Zubehör für Kampffjets – gingen nicht direkt nach Saudi-Arabien, sondern in andere europäische Staaten, in denen die Flugzeuge als Gemeinschaftsprojekt zusammengebaut werden.

Diese Partner, vor allem Frankreich und England, haben weniger Probleme mit Exporten an die Saudis.

Es sei eine schwierige Abwägung, sagt Baerbock. Auf der einen Seite stehen die eigenen Werte, auf der anderen der Wunsch nach mehr europäischer Rüstungskooperation.

Durch Synergie-Effekte, so der Plan der Koalition, sollen die Kosten der Produktion und somit der Aufrüstung der Bundeswehr begrenzt werden.

„Ansonsten reichen die 100 Milliarden nie aus, und ich will nicht, dass wir noch mehr im sozialen Bereich sparen“, sagt Baerbock.

Waffenlieferungen für den Jemen-Krieg mit finanziellen Interessen Deutschlands zu begründen:

Von der grünen Lehre ist das eigentlich weit entfernt.

Rhetorisch verpackt Baerbock ihre Position aber geschickt, spricht von einem Dilemma und erzählt, wie „schwer für Robert und mich“ die Entscheidung gewesen sei.

Sie schlägt den Bauchweh-Sound der Verantwortungsethik an, der sich durch den ganzen Parteitag zieht und bei den Grünen aktuell gut ankommt.

Am Ende ihrer Rede erhält Baerbock trotz allem Standing Ovationen.

Quelle8)

<https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/ruestungsexporte-saudi-arabien-jemen-101.html>

Ende September besuchte Scholz den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman.

Es ging um deutsche Wirtschaftsinteressen in Zeiten der Energiekrise:

Öl und Wasserstoff aus Saudi-Arabien. Aber offenbar auch um die Interessen der europäischen Rüstungsindustrie.

Nur wenige Tage nach der Reise verkündete die Ampel-Koalition erstmals seit Beginn ihrer Amtszeit, dass Rüstungsexporte an Saudi-Arabien genehmigt würden. Konkret geht es um Zulieferungen zur Ausrüstung und Bewaffnung von Kampfflugzeugen sowie Munition.